© 2017-2019 Zeitungsverlag Der Patriot GmbH · Alle Rechte vorbehalten
(/)

-
- Impressum (https://www.derpatriot.de/verlag/impressum.html)
- Kontakt (https://www.derpatriot.de/kontakt.html)
- Datenschutz (https://www.derpatriot.de/datenschutz.html)
- AGB (https://www.derpatriot.de/verlag/agb.html)

Wirtschaft im Klassenzimmer hart umkämpft

Zu Beginn des laufenden Schuljahres hat die Landesregierung das alte Schulfach „Politik-Wirtschaft“ reformiert. Der Anteil an ökonomischer Bildung soll in den nächsten Jahren einen größeren Raum als bisher einnehmen. In der Diskussion um die Reform prallen Interessen aus Wirtschaft, Politik und Pädagogik aufeinander. Ein Blick ins Klassenzimmer.

VON BASTIAN PULS

Lippstadt – Freitagmorgen im Klassenraum der 5b am Evangelischen Gymnasium. Auf dem Lehrplan stehen wirtschaftliche Grundbegriffe wie Güter, Dienstleistungen und Produktionsfaktoren. Gerade in den jüngeren Jahrgangsstufen sei es nicht immer leicht, die Schüler für wirtschaftliche Zusammenhänge zu begeistern, verrät Lehrer Dirk Lepping. Während die Fünftklässler beim Thema „Taschengeld“ aufmerksam zuhören, gestaltet sich die Vermittlung der theoretischen Termini schwieriger. „Man muss komplexe Themen didaktisch reduzieren und eine Sprache verwenden, die die Kinder verstehen“, erklärt der 41-Jährige. Um Faktoren wie Kapital, Boden und Arbeit zu begreifen, sollen die Schüler der Klasse 5b in Gruppenarbeit unterschiedliche Güter auf ihren Produktionsprozess hin untersuchen. Ein Beispiel: Die simple Idee des Fidget-Spinners – ein beliebtes Handspielzeug – lässt sich auf die Faktoren Herstellung und Werbung (Arbeit), einen Verkaufsort (Boden) sowie Kugellager und Plastikhülle (Kapital) herunterbrechen.

Viel Zustimmung
für die Reform

Ein Großteil der Unterrichtsinhalte bleibt auch nach der Reform erhalten, nur der Anteil an ökonomischer Bildung ist gestiegen. Für Lepping gestaltet sich die Umstellung nicht nur deshalb recht einfach: „Wirtschaft hat an unserer Schule auch vorher schon eine wichtige Rolle gespielt.“ Neben den Lehrinhalten sei dies unter anderem an der regelmäßigen Teilnahme am Planspiel Börse der Sparkasse Lippstadt zu erkennen, wo den Kindern ein erster Eindruck in die Aktienwelt vermittel wird.

Heftig diskutiert wurde und wird die Umgestaltung des Schulfaches zwischen Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Pädagogik, weil vielfach die Einflussnahme von Wirtschaftsverbänden und Unternehmen auf Lehrinhalte befürchtet worden war. Auch Lepping habe bereits „gefärbtes“ Unterrichtsmaterial erhalten. Trotzdem befürworte er die Reform. Für die Wissensvermittlung sei aus pädagogischer Sicht dennoch wichtig, dass „auch der soziale oder ökologische Aspekt des Faches nicht verloren geht“. Ähnliche Töne kommen vom Verband Lehrer NRW. Die Vorsitzende Brigitte Balbach unterstreicht: „Unsere Gesellschaft braucht mehr als kritiklose Konsumenten – sie braucht mündige Bürger.“ Ökonomische Bildung müsse deshalb das Ziel haben, Schülern grundlegende Zusammenhänge von Wirtschaft, Umwelt, Politik und Recht zu vermitteln.

Vertreter aus der Wirtschaft begrüßen die Umgestaltung des Faches, fordern teilweise noch eine weitere Ausdehnung der Lehrinhalte. Klaus Bourdick, Geschäftsbereichsleiter Berufsbildung bei der IHK Arnsberg dazu: „Inhalte aus dem Bereich BWL kommen noch deutlich zu kurz. Die bisherigen Änderungen stellen aber trotzdem eine Verbesserung dar.“ Da wirtschaftliche Kenntnisse für das heutige Berufsleben unerlässlich seien, müsse man junge Menschen dementsprechend in größerem Ausmaß darauf vorbereiten.

Während bezüglich der Notwendigkeit der Reform weitestgehend Einigkeit zu herrschen scheint, sind einzelne Lehrinhalte stark umstritten. Dies zeigt sich im Kontext der laufenden Erstellung des Kernlehrplans für Realschulen – hier greift die Reform erst kommenden Sommer. So befürchtet der Verband Lehrer NRW, dass Erkenntnisse aus dem Modellversuch „Wirtschaft an Realschulen“ nicht berücksichtigt werden könnten. Dieses Projekt wurde von 2009 bis 2013 an 70 Realschulen durchgeführt und setzte mit der Gründung von Schülerfirmen auf einen sehr praktisch orientierten Lehrplan.

Lehrinhalte sind
heftig umstritten

Den Zuschlag für die Erarbeitung der Kernlehrpläne erhielt aber die Qualitäts- und Unterstützungsagentur (Qua-Lis) in Soest. Mit jener Agentur berät das Landesinstitut für Schule das NRW-Schulministerium. Das Know-how, das in „Wirtschaft an Realschulen“ erarbeitet wurde, könne nun verloren gehen: „Das im Modellversuch erarbeitete Wissen liegt brach“, heißt es in einem Statement des Verbandes. Auf Anfrage unserer Zeitung verweist man in Soest auf das Schulministerium. Dieses gibt Entwarnung: Der Abschlussbericht zum Projekt fließe selbstverständlich als Referenzdokument in die Kernlehrplanentwicklung mit ein: „Wenn die Entwürfe im Frühjahr 2020 veröffentlicht werden, können Fachverbände diese begutachten und bei Bedarf Stellungnahme einreichen.“ Der Entwicklungsprozess des Lehrplans scheint also noch nicht abgeschlossen.

Schulfach Wirtschaft

Die Einführung des neuen Kernlehrplans für „Wirtschaft-Politik“ an Gymnasien erfolgte zu Beginn diesen Schuljahres. Die Reform sieht 23 Wochenstunden für die Fächer der Gesellschaftswissenschaft vor (Erdkunde, Geschichte und Wirtschaft-Politik/Sozialwissenschaften). Jedes dieser Fächer soll in der Sekundarstufe I sieben Wochenstunden unterrichtet werden. Die beiden darüber hinausgehenden Stunden sollen sollen laut Ministerium für Schule und Bildung vorrangig der Stärkung der ökonomischen Bildung dienen.

Mit Spaß dabei: Lehrer Dirk Lepping bringt den Schülern der 5b am Evangelischen Gymnasium wirtschaftliche Grundbegriffe bei. Foto: Puls